

Zeitschrift: Schweizerische Wasserwirtschaft : Zeitschrift für Wasserrecht, Wasserbautechnik, Wasserkraftnutzung, Schifffahrt
Herausgeber: Schweizerischer Wasserwirtschaftsverband
Band: 13 (1920-1921)
Heft: 13-14

Artikel: Aufgaben der Wasser- und Elektrizitätswirtschafts-Politik
Autor: Ringwald, F.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-919872>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 07.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

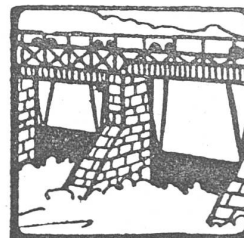
SCHWEIZERISCHE WASSERWIRTSCHAFT



OFFIZIELLES ORGAN DES SCHWEIZER-
ISCHEN WASSERWIRTSCHAFTSVERBANDES

ZEITSCHRIFT FÜR WASSERRECHT, WASSERBAUTECHNIK,
WASSERKRAFTNUTZUNG, SCHIFFAHRT . . . ALLGEMEINES
PUBLIKATIONSMITTEL DES NORDOSTSCHWEIZERISCHEN
VERBANDES FÜR DIE SCHIFFAHRT RHEIN - BODENSEE

GEGRÜNDET VON DR O. WETTSTEIN UNTER MITWIRKUNG VON
a. PROF. HILGARD IN ZÜRICH UND ING. GELPKE IN BASEL



Verantwortlich für die Redaktion: Ing. A. HÄRRY, Sekretär des Schweizerischen Wasserwirtschaftsverbandes, in ZÜRICH 1
Telephon Selnau 3111 Telegramm-Adresse: Wasserverband Zürich.

Alleinige Inseraten-Annahme durch:
SCHWEIZER-ANNONCEN A. G. - ZÜRICH
Bahnhofstrasse 100 — Telephon: Selnau 5506
und übrige Filialen.
Insertionspreis: Annoncen 40 Cts., Reklamen Fr. 1.—
Vorzugsseiten nach Spezialtarif!

Administration und Druck in Zürich 1, Peterstrasse 10
Telephon: Selnau 224
Erscheint monatlich zweimal, je am 10. und 25.
Abonnementspreis Fr. 18.— jährlich und Fr. 9.— halbjährlich
für das Ausland Fr. 3.— Portozuschlag
Einzelne Nummer von der Administration zu beziehen Fr. 1.50 plus Porto.

N^o 13/14

ZÜRICH, 10./25. April 1921

XIII. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis:

Aufgaben der Wasser- und Elektrizitätswirtschafts-Politik. — Mitteilungen der Kommission für Abdichtungen des Schweiz. Wasserwirtschaftsverbandes. — Aufhebung der allgemeinen Sparmassnahmen im Verbrauch an elektrischer Energie. — Schweizerischer Wasserwirtschaftsverband. — Tessinischer Wasserwirtschaftsverband. — Wasserkraftausnutzung. — Schifffahrt und Kanalbauten. — Geschäftliche Mitteilungen. — Wasserwirtschaftliche Literatur.

Aufgaben der Wasser- und Elektrizitäts- wirtschafts-Politik.

Vortrag von Direktor F. Ringwald, Luzern, an der Diskussionsversammlung des Schweizerischen Wasserwirtschaftsverbandes vom 30. Oktober 1920 in Luzern.

Die Wasserwirtschaft wird täglich mehr als eine wichtige Funktion der Volkswirtschaft der meisten Kulturvölker erkannt. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn sich nachgerade die Forderungen der Gegenwart auf diesem Gebiete haushoch auftürmen. Der Volkswirtschaftler muss aber bei ruhiger Ueberlegung zum Schlusse kommen, dass nicht alle Probleme auf einmal gelöst werden können und dass es daher, soll positive Arbeit geleistet werden, unerlässlich ist, diejenigen Aufgaben zuerst der Verwirklichung entgegenzuführen, welche im Interesse der Volkswirtschaft als die dringlichsten erscheinen.

Unstreitig stehen heute zwei grosse Forderungen im Vordergrund: Die Binnenschifffahrt und der Ausbau der Wasserkräfte. Beide Probleme auf einmal zu lösen, geht heute nicht. Wir müssen mit den Mitteln arbeiten, die uns zur Verfügung stehen. Wir wissen, dass eine grosszügig durchgeführte Fluss- und Binnenschifffahrt bei

einem entsprechenden Güterverkehr billige Frachten und damit eine Verbilligung der Güterproduktion und der Lebenshaltung zur Folge hat. Andererseits wissen wir aber, dass die Binnenschifffahrt ungeheure Summen verschlingt. Gewiss wäre es wünschbar, dass es uns gelänge, für die Binnenschifffahrt von Süd nach Nord und von Ost nach West ebenfalls eine Art Drehscheibe zu bilden, wie es bis dahin mit unserm Bahnnetz möglich war und unbedingt erstrebenswert ist es, die Flussschifffahrt wenigstens bis an unsere Landesgrenzen heran und da, wo Grenzgewässer dies besonders begünstigen, ins Landinnere zu bringen. Eine bedeutend weiter gehende Schiffbarmachung der Flüsse ins Innere des Landes aber erfordert heute Mittel, die wir einfach nicht aufbringen können, schon deshalb nicht, weil die nötige Frequenz der Wasserstrassen bis tief ins Innere des Landes einstweilen fehlt. Nun sind wir aber daran, nach Kräften die Bundesbahnen zu elektrifizieren. Ihre Leistungsfähigkeit wird dadurch ganz wesentlich gesteigert. Gleichzeitig vergrössert sich aber das in den Bahnen investierte Kapital ganz gewaltig; bis Ende 1919 wird es ca. 1,74 Milliarden und nach durchgeführter Elektrifikation vielleicht 2,7 — 3 Milliarden betragen, also schon ein erheblicher Teil unseres Nationalvermögens. Es gebietet uns daher der eiserne Zwang, in erster Linie diese Anlagen bis zur Vollbelastung auszunützen, ehe wir neue Mittel zu Transportzwecken investieren. Eine gleichzeitige Förderung der Wasserstrassen im Inneren könnte dann erfolgen, wenn deren Rendite zur Verbesserung der Gesamtrendite von

Bahnen und Wasserstrassen sofort beitragen würde. Es wird richtig behauptet, dass durch die Wasserstrassen auch Kraftwerke gebaut werden können und diese würden sofort Absatz für die Kraft finden, allein diese Werke liegen meistens in den Niederungen und liefern zu wenig Winterkraft. Mit der Ausbeutung der Sommerkraft wird aber eine Rendite nicht leicht erzielt.

Aus allen diesen Gründen ergibt sich, dass wir das Schifffahrtsproblem für das Innere des Landes heute zwar ernsthaft im Auge behalten müssen und dass man bei jeder neuen Kraftanlage oder andern Bauten auf die kommende Flussschifffahrt Rücksicht zu nehmen hat, aber dass man einstweilen alles unterlassen soll, was sich irgendwie in verfrühte Kosten umsetzt und sich ohne Not verschieben lässt. Anders verhält es sich mit der

Nutzbarmachung der Wasserkräfte.

Wir wissen ja, wie sich der Verbrauch von elektrischer Energie in den letzten Jahren gesteigert hat. Es fehlen uns trotz den neu erstellten Werken im Winter immer noch 30—50,000 kW und ca. 60 Millionen kWh für Licht- und Kraft-erzeugung und für Wärmeerzeugung ca. 100,000 kW und ca. 300 Millionen kWh. Da wir im Sommer Kraft genug haben, ist es nötig, zunächst nur solche Werke zu bauen, welche wirksam den Wintermangel an Energie beseitigen können.

Aus den Aufstellungen des Herrn Sekretär Härry ergibt sich, dass heute in der Schweiz ca. 6870 Wasserwerke bestehen, die zusammen 1,225,000 Pferdekkräfte oder ca. 2,7 Milliarden kWh erzeugen. Ferner ist von ihm errechnet worden, dass der Ausbau der schweizerischen Kräfte auf ca. 8 Millionen PS mit einer Produktion von mindestens 20 Milliarden kWh gebracht werden kann. Heute konsumiert der schweizerische Einwohner durchschnittlich pro Jahr ca. 700 kWh. Er verbraucht mehr Elektrizität, als der Einwohner in irgend einem andern Lande. Dazu kommt noch ein gewaltiger Kohlenverbrauch. Im Jahre 1919 hat die Schweiz 1,700,000 Tonnen Kohle gekauft und hierfür 300 Millionen Franken bezahlt. Im Jahre 1920 betrug der Kohlenkauf bis Ende September 2 Millionen Tonnen für 400 Millionen Franken.

In Frankreich bezahlte man die 10 Tonnen-Ladung mit
 1800 franz. Franken
 in Deutschland 2500 Mark
 Die Schweiz bezahlte
 für Koks 2200 Schweizer-Franken
 f. Braunkohlen-Brikets 1400 Schweizer-Franken
 f. amerikan. Kohle 1020 Schweizer-Franken
 f. englische Brikets 2080 Schweizer-Franken
 (Franz. Kurs 40.—, Mark-Kurs 8,5).

Den Franzosen bezahlten wir also per Waggon rund 1500.— Schweizer-Franken oder rund 3750.— franz. Franken mehr, als die Kohlen in Frankreich galten und den Deutschen rund Fr. 1200.— oder 14000 Mark mehr, als die Kohlen in Deutschland kosteten. Wir halfen also in erheblichem Masse die Kriegskosten unserer Nachbarn zahlen und werden dies wohl noch lange tun müssen. Zu dem starken Elektrizitätsverbrauch des schweizerischen Einwohners kommt also noch ein erheblicher Verbrauch an Kohle; zugleich steigt aber das Bedürfnis nach Licht, Kraft und Wärme der Menschheit beständig. Bei dem Ruf nach Schonung von Menschenarbeit bleibt uns nichts anderes übrig, als die Naturkräfte auszunützen. Selbst in den Ländern, wo Kohle vorhanden ist, geht man jetzt mit aller Energie daran, die Wasserkräfte auszubauen.

Wenn der Kohlenbedarf trotz dem bisherigen Ausbau der Wasserkräfte so gewaltig ist, so kommt dies einfach daher, dass wir es bis jetzt unterlassen haben, Wasserwerke zu erstellen, die in genügendem Masse Winterenergie hätten liefern können.

Wir können uns glücklich preisen, in reichem Masse Wasserkräfte zu besitzen. Es ergibt sich daraus aber auch die Pflicht, mit gesundem wirtschaftlichen System an den planmässigen Ausbau derselben zu schreiten. Gewiss ist bis dahin Schönes geleistet worden, aber man hat sich zu viel in kleinen und mittleren Anlagen zersplittert und sich zu wenig gegenseitig verständigt. Es wäre ganz falsch, wenn jetzt an allen Ecken und Enden des Schweizerlandes Kraftwerke gebaut werden wollten; es sollen zurzeit Wasserrechtskonzessionen mit einem Ausbau von 6 Millionen PS. angemeldet sein! Ganz abgesehen davon, dass die finanziellen Mittel hierfür nicht aufzubringen sind, könnte in spätern Zeiten die Gefahr einer Ueberproduktion von Elektrizität und eine ganz ungesunde wirtschaftliche Lage der vorhandenen Werke entstehen.

Was Not tut, ist, den Elektrizitätsmangel im Winter zu beseitigen und wenn dies rasch und wirksam geschehen soll, so müssen sich diejenigen Produzenten von elektrischer Energie, welche bis jetzt für die Energieproduktion des Landes aufgekomen sind und dies auch fernerhin tun wollen, zusammentun, ihre besten Projekte vorlegen und sich gemeinsam auf die Erstellung grosser Werke einigen. Für den Bau neuer Werke dürfen für den Augenblick weder Wasserzins-Interessen der Kantone, noch andere regionale Interessen ausschlaggebend sein, sondern nur ein Grundsatz: Wie können rasch und mit wenig Mitteln grosse Kraftquellen erschlossen werden, die dem Lande

zu möglichst günstigen Bedingungen den Winter-Energiebedarf sichern?

Es fehlen jetzt grosse Winterkraftquellen, welche einen Rückhalt bilden könnten für die ältern und neuern Elektrizitätsanlagen. Dieser Forderung können naturgemäss nur Werke mit grossen Stauseen entsprechen und es ist deshalb nötig, dass man sich für die nächste Zeit unbedingt der Erstellung von grossen Stauseeanlagen zuwendet. Diese können nicht nur den mangelnden Winterbedarf der unterhalb liegenden Werke decken, sondern sie liefern auch ein grosses Quantum Winterwasser an bereits bestehende Werke, sodass mit solchen Anlagen nicht nur neue Energie im neuen Werk, sondern eben auch in den alten Werken gewonnen wird. Sie verbessern daher mit einem Schlage recht wirksam die Situation. Sie ermöglichen sogar auch den Weiterausbau von einzelnen Niederdruckanlagen, der jetzt meistens liegen blieb, weil im Winter das Wasser fehlte. Auf diese Weise wird für spätere Zeiten der Einzelausbau der Werke wiederum gefördert und es entsteht im Effekt ein rascheres Ausbauen der schweizerischen Wasserkräfte, als durch die Zersplitterung der Mittel, wie dies bis dahin der Fall war. Es bleibt jedes Werk in seinem Rayon unangetastet, hat aber hinter sich eine grosse Vorratskammer an Energie, aus der es nach Bedarf schöpfen mag.

Nur nebenbei bemerkt, wäre hier ein Arbeitsfeld für ein schweizerisches Energiewirtschaftsamt, einerseits den Bau von neuen Werken vernünftig zu rationieren, andererseits die geeigneten Unternehmungen zu vereinigen und sie dahin zu bringen, dass sie sich auf solche Einheitsprogramme verständigen. Gehen wir so vor, so ist jeder Vorwurf der spekulativen Ausnützung der Wasserkräfte ungerecht. Findet sich keine Amtsstelle, die diesem Gedanken Folge zu geben vermag, so wird auch hier wieder die Einsicht der Unternehmungen zu freiwilliger Verständigung führen können. Vielleicht ist es eine dankbare Aufgabe der neugegründeten Schweizerischen Kraftübertragung, auf diese Weise vorzugehen.

Finanzielle Mittel.

Es ist natürlich die Frage: Wie bringen wir heute die finanziellen Mittel auf für ein grosses Werk? Ein Grosskraftwerk, das imstande wäre, mit einem Schlage die gegenwärtige Elektrizitätsnot im Winter zu beseitigen, kostet heute ungefähr 100—120 Millionen Franken. Unsere grossen Finanzinstitute erklären, die Mittel in diesem Umfange nicht aufbringen zu können. Ein hilfeschender Blick nach dem Bunde nützt auch

nichts, denn auch der Bund hat kein Geld und muss für seine eigenen Unternehmungen den ausländischen Geldgeber angehen.

Die Kapitalbildung ist durch die heutigen Zeitumstände erschwert und wo keine Kapitalbildung möglich ist, ist naturgemäss auch keine Konzentration grosser Mittel möglich; trotzdem rollt aber viel Geld und wie wir gesehen haben, bezahlten wir im Jahre 1919 300 Millionen Franken und im Jahre 1920 bis September schon 400 Millionen Franken für Kohlen ans Ausland. Es wurden also ohne grosse Anstrengungen die 300 und die 400 Millionen Franken finanziert. Liegt nicht da der Fingerzeig, wie wir auch neue grosse Kraftanlagen finanzieren sollen? Es wäre in grossen Zügen folgender Plan denkbar:

Zunächst müssen die Elektrizitätswerke die Tarife etwas erhöhen, um die Teuerung und Geldentwertung etwas auszugleichen. Wenn man bedenkt, dass während der ganzen Kriegszeit einzig die Elektrizität keinen Preisaufschlag erlitten hat, sondern dass man erst in der Nachkriegszeit gezwungen ist, etwas zu tun, während alle andern Gebrauchsartikel bedeutend aufgeschlagen haben (Gas 300%, Kohle 400—800%), darf man das Opfer schon bringen, es wird nicht zu gross sein. Im Allgemeinen wird in der Schweiz die Energie sehr billig verkauft. Der schweizerische Landwirt z. B. gibt heute für Beleuchtung durchschnittlich Fr. 50.—, für Wärmeerzeugung zirka Fr. 83.— und für Kraft zirka Fr. 70.— aus, total Fr. 203.— im Jahre, also nicht 1 Franken pro Tag im Jahr! Der städtische Elektrizitätsbezügler gibt für Beleuchtung zirka Fr. 50.— bis 100.—, der Kleingewerbe-Treibende etwa Fr. 400.— für Kraft, für Wärmezwecke zirka Fr. 100—150.— aus und die Industrien, die nicht speziell elektrophysikalische oder elektrochemische Energieverwendung haben, geben im Verhältnis zu ihren sonstigen Unkosten, namentlich der Arbeiterzahl, verhältnismässig bescheidene Beträge für elektrischen Strom aus. In den uns umgebenden Staaten hat die Energie infolge der Teuerung meist um bedeutende Beträge aufgeschlagen; in Frankreich bis 300%, in Deutschland bis 700%. Dem gegenüber wären Aufschläge, wie sie für die schweizerischen Werke event. in Frage kämen, von vielleicht 30% durchschnittlich, gering und es ist nicht ausgeschlossen, dass durch rationellen Ausbau grosser Werke ein verhältnismässig rascher Abbau allfälliger erhöhter Energiepreise möglich ist.

Von diesen Mehreinnahmen liefern nun die schweizerischen Werke, welche gemeinsam Kraft beschaffen wollen, jährlich einen Teil in eine gemeinsame Kasse. Die Einnahmen aus dem gesamten Energieverkauf in der Schweiz werden

sich auf zirka 140 Millionen Franken per Jahr belaufen. Würden alle Werke von diesen Einnahmen eine Abgabe von 5—10% in einen gemeinsamen Baufonds legen, so würde dies jährlich 7 bis 14 Millionen Franken ergeben. Dieser Fonds stellt nun nicht das Baukapital für ein neues Werk dar, sondern einen Zinsfonds für neu-aufzubringendes Anlagekapital. Dieser Fonds stellt aber bereits einen angemessenen Zins für ein neues Werk dar, das zirka 100 Millionen Fr. kosten darf. Der Geldgeber hat also die Garantie, dass sein Kapital sich vom ersten Augenblick an zu einem guten Zinsfuss verzinst, weil das Deckungskapital schon da liegt. Speisen wir nun ein paar Jahre diesen Fonds, so wächst er mit Zinsezinsen derart rasch zu einem bedeutenden Kapital an, dass wir einen Teil dieses Fonds in die Anlage selbst stecken können, damit brauchen wir weniger fremdes Kapital und das Grosskraftwerk kann um so schneller ausgebaut werden. Kommt dieses nun in Betrieb und ist es imstande, z. B. etwa 200 Millionen kWh im Winter zu liefern, so wird auch dieses neue Werk sofort den Zinsfonds speisen. So würde der Gemeinsamkeit der Unternehmungen in verhältnismässig kurzer Zeit Deckungskapital zur Verfügung stehen, das auf die Dauer die Finanzierung neuer Werke bedeutend erleichtern könnte.

Im engen Zusammenhang mit der Forderung des sofortigen Ausbaues von Grosskraftwerken für Winterkraft, steht die Frage der Errichtung von künstlichen

Stauseen.

Aus der Berechnung des zukünftigen Winterenergiebedarfes der Schweiz ergibt sich, dass wir eine Wasserreserve von mindestens 1100 Millionen m³ nötig haben. Fasst man aber alle bereits erstellten und noch verfügbaren Stauräume zusammen, so kommt man auf zirka 800 Millionen m³; es fehlen uns also noch bedeutende Stauräume. Daraus ergibt sich, dass wenigstens diejenigen Stauräume weitgehendst ausgenützt werden müssen, welche zum Teil vorhanden sind oder sich schaffen lassen und es ist keine Grossmannssucht der heutigen Wasser- und Elektrizitätswirtschaft, wenn sie, die kommenden Anforderungen heute schon erkennend, auf die Anlegung von ganz grossen Sammelbecken ausgehen. Gewiss wird damit ein Teil unseres ohnehin knappen Kulturbodens unter Wasser gesetzt und es muss ein Teil der Bevölkerung seine bisherigen Heimstätten verlassen. Es ist aber unrichtig zu behaupten, wie dies so oft geschieht, dass dieses Opfer der Industrialisierung zuliebe gebracht werden müsse, im Gegenteil, wir wollen ja gerade die Menschenarbeit durch Naturkräfte ersetzen und können mit der gewonnenen Natur-

kraft Bodenverbesserungen verbinden, Kunstdünger herstellen und der Landwirtschaft Kräfte zur Verfügung stellen, die ihr tausendfältig einbringen, was sie an anderer Stelle opfern musste. Der untergehende Kulturboden, von dem so viel gesprochen und geschrieben wird, liegt meistens auf Höhen, wo von ertragreichem Land nicht mehr gesprochen werden kann. Die Bevölkerung dieser Hochtäler fristet ehrlich gesagt zum grossen Teil ein karges Dasein. Sie ist ihr Leben lang auf den Kampf mit der Natur angewiesen und trotz dem kalten Boden in harter Arbeit spärliche Nährwerte ab. Häufig siedelt sich dann in solchen Hochtälern noch Fremdenindustrie an. Die Landwirtschaft, das Gewerbe, die Händler verflechten ihre Interessen mit ihr und alles stellt sich auf diesen Erwerbszweig ein. Fehlt dann der Fremdenverkehr, so leiden alle Bevölkerungskreise dieser Gegend. Vor solchen Situationen stehen wir heute. Ist es da nicht ein Gebot der Zeit zu fragen, ob nicht gelegentlich eine Umwertung des Geländes von der Fremdenindustrie und spärlichen Landwirtschaft zur dauernd wirtschaftl. Wasserwirtschaft gegeben sei?

Gewiss dürfen solche Werke im Grossen nicht durchgeführt werden mit der kalten Formel, dass man demjenigen, der seine bisherige Scholle verlassen muss, den reinen Gegenwert seines Besitzes anbietet; es muss ihm Besiedelungsmöglichkeit verschafft oder es müssen ihm die Mittel an die Hand gegeben werden, sich eine neue Zukunft zu gründen. Es wird meistens nicht mehr angehen, grosse Stauanlagen zu schaffen, ohne gleichzeitig auch die Neuansiedlung der Grundeigentümer zu ermöglichen.

Aus allen diesen Gründen sollten heute Behörden und Volk Hand bieten zur Durchführung zunächst von Grosskraftwerken mit Akkumulieranlagen für den Winter.

Gelingt dies, besitzen wir für den Winter genug Energie, so löst sich von selbst auch die vielumstrittene Frage des

Energie-Exportes.

Ueber den Begriff: „Export von schweizerischen Wasserkraften“, wie man gewöhnlich liest, sind grosse Verwirrungen im Volke angestellt worden und es ist nötig, dass wir uns auch einen Moment mit dieser Frage befassen. Selbstverständliche Pflicht der Elektrizitätsunternehmungen wird es fürderhin sein, vor allem den Energiebedarf des Inlandes zu decken. Daneben wird aber ein gewisser Export von Energie unerlässlich sein. Auch in den angrenzenden Ländern, wo Kohle vorrätig ist, sucht man unsere Ener-

gie. Die Exportverträge sind meist zu einer Zeit entstanden, da im Inland kein Absatz für die Energie bestand. Wir täten unrecht, dem Auslande unsere überschüssige Energie zu verweigern, ihm aber fortgesetzt zuzumuten, uns seine Kohle zu liefern. Während wir nur einen Teil der mit Wasserkraft gewonnenen elektrischen Energie ins Ausland liefern und uns Kapital und Wasserkraft erhalten bleiben, liefert uns das Ausland immerhin seinen Grund und Boden, also das Kapital, in Form von Kohle.

Es ist durchaus nicht ausgeschlossen, dass das schweizerische Elektrizitätsnetz in Verbindung mit den umliegenden ausländischen Verteilnetzen auch wieder eine Art Drehscheibe wird. Es ist ferner nicht undenkbar, dass mit der Zeit zwischen Nord und Süd und Ost und West Elektrizitätsausgleiche stattfinden, in denen den schweizerischen Wasserkraften eine Art Regulierfaktor zugewiesen wird, sei es, dass sie die bei den Niederdruckanlagen des Auslandes fehlenden Spitzenleistungen ausgleichen, sei es, dass sie überschüssige Energie abgeben zu Zeiten von Sommerwasser, wo ja gerade die Werke in den Niederungen unter Kraftmangel leiden. Es ist in diesem Zusammenhange endlich gar nicht ausgeschlossen, dass uns in spätern Zeiten, wenn wir im Winter gelegentlich wieder Energiemangel haben, aus dem Ausland mit Kohle erzeugte Elektrizität zufließt, anstatt die Kohle selbst und so müssen wir uns auf eine Wechselwirtschaft in elektrischer Energie mit dem Auslande unbedingt einrichten.

Heimatschutz.

Es lässt sich das heutige Thema nicht verlassen, ohne auch bei der Frage des Heimatschutzes einen Moment zu verweilen; die neueren Stauseeprojekte haben viel Ablehnung erfahren und die Heimatschutzorganisation hat sich so oft unser angenommen, dass wir es einmal schon aus Höflichkeit auch tun müssen. Wenn der Heimatschutz nicht bestünde, so müsste er unbedingt heute erfunden werden. Die Tätigkeit dieser Organisation verdient in ihren Anfangsstadien uneingeschränktes Lob und der Heimatschutz hat Gedanken ins Volk getragen, die nicht hoch genug bewertet werden können. Was wäre aus dem Städtebau, was aus den Besiedelungen mannigfaltigster Art geworden, wenn der Heimatschutz nicht eingegriffen hätte! Nun scheint aber eine Wandlung eingetreten zu sein. Es ist, als ob die Heimatschutzorganisation oder doch Anhänger derselben die Unterstützung, die ihr von Behörden und Volk geliehen wurde, sowie die Erfolge die sie errang, nicht ertragen könnte. Es greift eine Mentalität um sich, die entschieden den heutigen Zeitansprüchen nicht

gerecht wird. Wir müssen bei aller Liebe zur Heimat und bei aller Achtung vor dem Alten und Guten schliesslich doch mit unserer Zeit leben, und wer als Wirtschaftler ins Leben gestellt wurde, hat eben die Pflicht, an der Entwicklung der heutigen Menschheitsbedürfnisse das beizutragen, was ihm nach seinen schwachen Kräften zu tun verliehen ist. Damit ist nicht gesagt, dass der Techniker und Wirtschaftler nicht auch die Schönheiten der Heimat preist und schätzt, dass nicht auch er, getragen vom Bewusstsein, auf einem unvergleichlich schönen Flecken Erde zu leben, das Mögliche versucht, um diesen schönen Flecken Erde zu erhalten. Und wenn Wissenschaft und Technik gelegentlich diesem Streben nicht folgen können und mit eiserner Notwendigkeit Bauwerke fordern, die mit dem besten Willen nicht umgangen werden können und die als Landschaftsbild mehr oder weniger stören, so denke man auch an den Nutzen solcher Werke für die Volkswirtschaft und sei nicht so ungerecht, dem Techniker und Wirtschaftler vorzuwerfen, dass er die Heimat nur dem Kapitalismus und dem Industrialismus opfere. Anstatt in Verneinung zu verfallen, müsste der Heimatschutz doch auch die Anforderungen unserer Zeit verfolgen und Hand in Hand mit den Technikern und Wirtschaftlern arbeiten, das Ethische und Aesthetische betonen, aber das Notwendige nicht verneinen. Da sich wirtschaftliche Forderungen eben schliesslich doch durchsetzen, wäre es um den Einfluss des Heimatschutzes geschehen und das müssten gerade Techniker und Wirtschaftler aus vollem Herzen bedauern; denn wer es ernst meint mit der Erhaltung unseres schönen Landes, dem muss ein gesunder Heimatschutz erwünscht sein. Die Natur ist nicht immer nur dann schön oder gewaltig, wenn sie unberührt ist. Es gibt auch Möglichkeiten, wo sie durch Menschenwerke gesteigert werden kann, und wenn es uns gelingt, im Sinne und Geiste eines schöpferischen Heimatschutzes Stauseen zu schaffen, in denen sich die sonst unheilbringend zu Tal stürzenden Bergwasser erschöpfen und reinigen und wie klare blaue Augen einer neuen Schöpfung in die Landschaft blicken, an den Ufern neu erstandene, mit Luft und Licht erfüllte Heimstätten widerspiegelnd, so wird das Volk mit Recht auch diese neue Heimat lieben.

Wir dürfen es nicht ewig hinnehmen, dass andere Menschen ihre Heimat abbauen und uns, auf Eisenbahnwagen verladen, in Form von Kohle zusenden, während wir, die wir an günstiger Stelle im ewigen Kreislaufe des Wassers stehen, es versäumen, kraftvoll das Gut zu verwenden, das uns gegeben ist. Heimatschutz muss auch Menschheitsschutz sein!